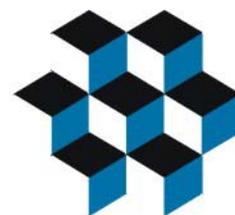


Sendesperfrist: Di., 17.11.2020, 11:00 Uhr



Presseinformation

**ZENTRALVERBAND
DEUTSCHES
BAUWERBE** **ZDB**

17. November 2020

Statement

von

Reinhard Quast

Präsident

Zentralverband Deutsches Baugewerbe

anlässlich der Pressekonferenz am **17. November 2020**
im Vorfeld des Deutschen Baugewerbetages 2020

(Es gilt das gesprochene Wort.)

V.i.S.d.P.: Dr. Ilona K. Klein, Zentralverband Deutsches Baugewerbe,
Kronenstraße 55 – 58, 10117 Berlin,
Tel.: 030 203 14-408, Fax 030 203 14-420, Email: presse@zdb.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Umbruch der Zeiten auf Kurs bleiben.

„Nichts ist so beständig wie der Wandel.“ Heraklit

Wir wollen heute keine Corona-Presskonferenz, sondern eine normale Jahrespresskonferenz abhalten, wie wir das regelmäßig anlässlich des Deutschen Baugewerbetags, der ja morgen stattfindet, machen.

Unser Land und die Welt haben sich drastisch verändert. Die Massenabsagen öffentlicher Veranstaltungen, die dramatische Schwankung an den Aktienmärkten, die Unmöglichkeit zu arbeiten, haben ein starkes Gefühl der Unruhe und Angst und viele Fragen zur Zukunft hinterlassen.

Zu unserem Glück hat sich diese Unsicherheit nicht so stark auf unsere Branche übertragen.

Nichts ist beständiger als der Wandel – daran sind wir als Bauleute gewöhnt, denn wir arbeiten als nicht-stationäre Branche auf wechselnden Baustellen, an wechselnden Projekten und Aufgaben.

Wir stellen fast jedes Produkt nur einmal her. Einzelfertigung. Das prägt. Kommt etwas Neues dazu, überlegen wir, wie es am besten bewältigt werden kann.

Mit diesem Ansatz haben wir die Herausforderungen aus der Corona-Pandemie bisher gut gemeistert. Im Einvernehmen mit der Berufsgenossenschaft, den Tarifvertragsparteien und mit der Bundesregierung wurde der Baustellenbetrieb in Deutschland aufrechterhalten.

Eigentlich wie zu Omas Zeiten: Wasch Dir die Hände, huste und niese in ein Taschentuch, halte Abstand, dann steckst du dich nicht an. Nur die Masken kamen dazu.

Unsere **hohen Auftragsbestände** zu Jahresbeginn von über 52 Mrd. Euro mit einer Reichweite von 7 Monaten haben uns und unseren Mitarbeitern bisher ein **kontinuierliches Arbeiten** ermöglicht.

Meine Damen und Herren,

vor **Corona** hatten wir in einer gemeinsamen **Prognose** mit dem Hauptverband der Bauindustrie **eine** Umsatzsteigerung in 2020 von nominal über **5 %** prognostiziert.

Der Lockdown im Frühjahr dieses Jahres ergab in vielen Bereichen von Industrie und Dienstleistungssektor deutliche Umsatzeinbrüche, die sich auch auf die Einnahmen und die Investitionsmöglichkeiten der öffentlichen Haushalte, insbesondere bei den Kommunen durchschlugen.

Während Corona nahm die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen erkennbar ab. Darüber hinaus gab es Auftragsstornierungen und nachlassende Ordertätigkeit im Wirtschaftsbau. Das hat uns im Mai zu einer Neubewertung der Umsatzentwicklung im Bauhauptgewerbe von +5 % auf **0 % - also auf Vorjahresniveau bei 135 Mrd. Euro** - veranlasst. Real bedeutet dieses einen Rückgang von 3 %.

Auf Basis der August-Daten sehen wir nun für 2020 einen Umsatz von ca. 138 Mrd. Euro. Das ist nominal noch ein Plus von 2 %, real ca. minus 1 %. Es ist nicht weniger wegen der deutlich positiven Umsatzentwicklung im ersten Halbjahr.

Die hohen Auftragsbestände wie auch vier Arbeitstage mehr als 2019 haben dabei geholfen.

Für 2021 erwarten wir einen weiteren realen Umsatzrückgang um 3 % bis 4 %.

Der Wohnungsbau bleibt stabil.

Im Wirtschaftsbau wird es einen stärkeren Rückgang geben.

Im öffentlichen Bau hängt es an den Verwaltungen. Geld ist da. Arbeiten die Stellen im Vorfeld der Vergabe zügig, kann dieser Bereich den Rückgang im Wirtschaftsbau ein Stück weit kompensieren.

Dann bleibt die hohe Nachfrage nach Bauleistungen insgesamt intakt.

Ein paar Details zu den Sparten:

Wohnungsbau

Der Wohnungsbau zeigt eine nahezu unbeeindruckte Entwicklung. Das **Baugenehmigungsverlangen ist stabil; per August** sind für fast **240.000 Wohnungen Baugenehmigungen** erteilt worden, und damit für ca. **11.250 mehr** als im Vorjahreszeitraum, was einem Plus von **5 %** entspricht.

Die Auftragseingänge zeigten nur im April und Mai ein „**Corona-Zittern**“. Seither gibt es wieder eine deutliche Nachfrage. Die hohen Auftragsbestände stimmen zuversichtlich, es **gibt gute Produktionswerte**. Zudem machen Bauherren **Druck**, um von dem abgesenkten **Mehrwertsteuersatz** noch stark zu profitieren.

2020: Umsatzwachstum im Wohnungsbau ca. 4 % = 51 Mrd. Euro.

Bei einer Preisentwicklung um 3 % erreichen wir damit ein reales Wachstum von etwa +1 %. Wir werden in **2020** erneut etwa **300.000 Wohnungen** fertigstellen.

Stabilisierend wirken die Sonderabschreibungen im Mietwohnungsbau sowie das Baukindergeld. Beide Maßnahmen müssen fortgeführt werden. Für das Baukindergeld muss bisher die Baugenehmigung bis zum 31. März 2021 vorliegen, für die Nutzung der Sonder-Afa muss die Baugenehmigung bis zum 31.12.2021 beantragt werden.

Es gibt einen hohen Genehmigungsüberhang. Zum Jahresbeginn 2020 lag dieser bei von ca. 740.000 Wohnungen; bei 251.000 Wohnungen war der Rohbau noch nicht begonnen und bei 180.000 Wohnungen war er noch nicht abgeschlossen.

Dazu kommen die 240.000 Baugenehmigungen in 2020. Daraus folgt, dass wir jedenfalls für das nächste Jahr hier noch genug Arbeit haben, zumal der Zustrom an Genehmigungen erstmal nicht abzureißen scheint.

Die Finanzierungsbedingungen bleiben ebenfalls günstig. Auch in 2021 werden wir wieder rund 300.000 Wohnungen neu errichten.

Das bedeutet ein Umsatzwachstum von nominal 2,5 %.

Wirtschaftsbau

Im Wirtschaftsbau sind die Corona-Auswirkungen deutlich. Seit März liegt die Nachfrage in jedem Monat unterhalb des Vorjahresniveaus. Kumulativ fehlen zum Vorjahr fast 6 %. Hier schlagen sich die Umsatzeinbrüche im Dienstleistungsbereich und der Industrie insgesamt in einer zurückhaltenden Investitionsbereitschaft nieder. Wieviel Büros brauchen wir in Zukunft?? Lohnt sich ein neues Hotel??

Die Baugenehmigungen für Handelsgebäude gaben parallel zum Lockdown zwischen 30 % und 40 %, gerechnet nach umbautem Raum, gegenüber dem Vorjahr nach. Jetzt gibt es wieder eine deutliche Korrekturbewegung.

Bei den Büro- und Verwaltungsgebäuden gibt es erst seit Juni deutliche Rückgänge zum Vorjahr bei den Baugenehmigungen.

Zugelegt hat die Nachfrage nach Lagergebäuden. Der verstärkte Online-Handel braucht eben Lagerflächen. Die Nachfrage, bemessen nach umbauten Raum, liegt hier kumulativ per August um fast 30 % oberhalb des Vorjahresniveaus.

Bemessen nach Baukosten, liegen die Genehmigungen für Wirtschaftsbauten insgesamt per August etwas unterhalb des Vorjahres. Im Juni lag dieser Wert noch bei + 10 %.

Wir rechnen für 2020 insgesamt mit einem Umsatz auf Vorjahresniveau, nämlich mit gut 49 Mrd. Euro. Dieser bedeutet real einen Rückgang von ca. 2,5 %. Maßgeblich dafür ist der von uns erwartete Umsatzrückgang im Wirtschaftshochbau. Beim Wirtschaftstiefbau erwarten wir ein Umsatzwachstum von nominal gut 3 %. Hier schlagen sich die gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhten Investitionsbudgets der Deutschen Bahn nieder.

Wir rechnen für die kommenden Monate mit einer weiter verhaltenen Investitionsneigung in Wirtschaftsbauten. Einer rückläufigen Umsatzentwicklung im Wirtschaftshochbau stehen in **2021** wiederum erweiterte Budgets im Tiefbau bei der Deutschen Bahn gegenüber. Aus heutiger Sicht sehen wir die Umsatzentwicklung im Wirtschaftsbau in 2021 insgesamt rückläufig zwischen nominal 2,5 % und 3,5 %.

Öffentlicher Bau

Die öffentliche Hand ist besonders gefordert, ihre Bauherrenfunktion aktiv wahrzunehmen.

Von hier muss der Ausgleich für den Wirtschaftsbau erfolgen.

Der kommunale Investitionsstau in Schulen, Kitas und kommunale Straßen steht seit Jahren bei fast 100 Mrd. Euro fest. Die Infrastruktur des Bundes braucht dringend den eingeleiteten Investitionshochlauf. Das Festhalten daran in der laufenden Haushaltsplanung ist gut und richtig.

Bund und Länder geben 12 Mrd. Euro für coronabedingte Einnahmeausfälle der Kommunen aus. Das sollte den Kommunen helfen, ihre Investitionen wie geplant umzusetzen. Wichtig ist nun, dass die Mittel zügig die Kommunen erreichen und diese Aufträge dann auch auf dem Markt ankommen.

Der Blick auf die Auftragseingänge der öffentlichen Hand zeigt bisher wenig Impulse. Im Straßenbau, der 50 % der Aufträge der öffentlichen Hand ausmacht, liegen die Bestellungen um 2 % unter dem Vorjahresniveau. Dabei ist der Wert deutlich überzeichnet, da hier ein ÖPP-Großprojekt eingeschlossen ist, das nicht kurzfristig umgesetzt wird und das die mittelständische Bauwirtschaft nicht erreicht.

Unsere mittelständischen Straßenbauunternehmen bestätigen die Datenlage! Es kommen derzeit zu wenig Aufträge auf den Markt. Der Transformationsprozess der Auftragsverwaltung bei den Autobahnen von den Ländern zum Bund, der in diesem Jahr abgeschlossen werden soll, läuft nicht problemlos. Bund und Länder sind hier gemeinsam in der Verantwortung, die vorgesehenen Investitionsmittel auch auf die Straße zu bringen.

Im Übergangsprozess der Auftragsverwaltung darf es keinen Abbruch bei der Projektvorbereitung und Umsetzung geben. Die Bauunternehmen haben im Vertrauen auf die planmäßige Umsetzung des Investitionshochlaufes ihre Kapazitäten ausgebaut.

Gut, dass die aktuelle Haushaltsplanung an dem Investitionshochlauf festhält und für die nächsten Jahre das Niveau von 18 Mrd. Euro fortschreibt. Das muss aber auch in Projekten umgesetzt werden. Dem beschlossenen Investitionshochlauf muss die Auftragsvergabe folgen. Sonst ist es ein leeres Versprechen gegenüber der Bevölkerung und der Bauwirtschaft.

Für 2020 rechnen wir im öffentlichen Bau mit einem Umsatz von nominal knapp 38 Mrd. Euro. Das ist ein Plus von 3 %.

Wenn wir den Dreh bei den Auftragseingängen nicht hinbekommen, werden wir in 2021 einen Umsatzrückgang von nominal minus 2 % haben.

Zum Schluss noch ein Blick auf die Beschäftigtenentwicklung:

Vor 10 Jahren hatten wir im Bauhauptgewerbe etwa 716.000 Beschäftigte. Ende des Jahres 2020 werden es mindestens 875.000 sein. Das ist ein Zuwachs um mehr als 20 %.

Das zeigt, dass die nachhaltige Baunachfrage den Unternehmen Zuversicht gibt, verstärkt in neue Mitarbeiter zu investieren und diese auch selbst auszubilden. Auszubildende und Studenten schätzen den Einsatz von Informationstechnologien, die zu einem modernen Berufsbild am Bau führen.

Auch für das kommende Jahr rechnen wir mit weiteren Einstellungen im Bauhauptgewerbe. Nach unserer derzeit laufenden Umfrage wollen fast 20 % der Unternehmen die Zahl der Beschäftigten erhöhen. Die Bauwirtschaft bleibt ein Ausbildungsmotor. Die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge lag in 2019 wiederum bei über 13.000. Die Bauunternehmen würden gern noch mehr ausbilden. Nach der laufenden Umfrage wollen 67 % die Zahl ihrer Lehrlinge halten, 25 % wollen sie sogar erhöhen.

Meine Damen und Herren,

diese im Verhältnis zu anderen Branchen unserer Volkswirtschaft vergleichsweise positiven Zahlen zeigen, dass unsere Branche bisher gut durch die Corona-Krise gekommen ist.

Wir haben Hygienestandards und Arbeitsschutzregeln gemeinsam mit den Sozialpartnern und der BG Bau definiert und umgesetzt. Die Unternehmen haben massiv in den Schutz der Mitarbeiter investiert.

Die Bedeutung der Branche für die gesamte deutsche Volkswirtschaft ist deutlich geworden. Bauinvestitionen sind nachhaltig und ziehen weitere Investitionen nach sich und wirken stabilisierend auf die Volkswirtschaft.

Wir haben trotz Pandemie Personal aufgebaut, und wir werden das – im Vertrauen auf die Zukunft auch weiter tun. Daher ist es auch so wichtig, dass die Investitionen der öffentlichen Hand tatsächlich kommen.

Lassen Sie mich noch in aller Kürze drei weitere Themen ansprechen:

Der Bundesrat hat am 6. November nach 15jähriger Diskussion die sog. **Mantelverordnung** beschlossen. Bei der Mantelverordnung handelt es sich um ein zentrales umweltpolitisches Vorhaben, denn damit wird der bundesweit größte Abfallstrom, nämlich mineralische Bauabfälle, einheitlich geregelt.

Nicht nur wir als Unternehmer, sondern auch die öffentlichen und privaten Bauherren sind von diesen abfallrechtlichen Regelungen massiv betroffen – und das leider im Negativen. Die Baukosten steigen und der Bauherr hat keinen zusätzlichen Nutzen.

Die Verwertungssituation von Böden wird mit den vorliegenden Beschlüssen weiter angespannt bleiben. Eine sinkende Verwertungsquote bei mineralischen Abfällen und steigender Deponiebedarf sind vorprogrammiert.

Um dem Ziel einer echten Kreislaufwirtschaft näher zu kommen, muss der Einbau von Recyclingbaustoffen gefördert und nicht verhindert werden. Dazu müssen die mineralischen Ersatzbaustoffe über eine geeignete Regelung vom Stigma des Abfalls befreit werden. Recycling-Baustoffe sind kein Abfall, sondern qualitativ hochwertige Baumaterialien. Wer will schon mit Abfall bauen?

Nun sind Bundesregierung und Bundestag wieder am Zug. Sie sollten auf den letzten Metern des Gesetzgebungsverfahrens ihre Möglichkeiten nutzen, um die allseits propagierte Förderung der Kreislaufwirtschaft und der Ressourcenschonung für mineralische Abfälle Wirklichkeit werden zu lassen. Geschieht dieses nicht, muss sich auch die öffentliche Hand als Bauherr auf stark steigende Bau- und Entsorgungskosten einstellen.

Am Beispiel der Mantelverordnung zeigen sich auch zukünftige Konfliktlinien: nämlich zwischen ökologisch wünschenswerten und ökonomisch tragbaren Maßnahmen.

Auf der einen Seite sollen wir kostengünstig und sozialverträglich bauen, auf der anderen Seite werden wir mit Auflagen und Anforderungen überhäuft, die das Bauen unnötig verteuern.

Das betrifft auch das Thema der **energetischen Gebäude-sanierung**. Hier haben wir eine Sanierungsquote von einem knappen Prozent. Diese müsste aber mindestens verdoppelt werden, wollen wir die bekannten 40 % CO₂-Einsparung bis 2030 erreichen.

Um die ambitionierteren Klimaschutzziele von 55 % bzw. 60 % bis 2030 zu erreichen, müsste Sanierungsquote aber zwischen vier und fünf Prozent liegen.

Darüber hinaus geistert ein Vorschlag durch die politische Diskussion, **auf allen Dächern** dieser Republik sollten Solaranlagen installiert werden.

Weiterhin wird darüber diskutiert, dass wir ein massives **Schulungsprogramm für Facharbeiter** bräuchten, damit wir überhaupt in der Lage wären, diese Bauaufgaben zu leisten.

Nein, das brauchen wir nicht.

Was wir vor allem brauchen ist Arbeit für die Bauleute. Aufträge, Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Straßen, Kanäle und Häuser zu sanieren und zu bauen.

Hier ist die Politik gefragt, mit einem ausgewogenen Konzept von Fördern und Fordern die Eigentümer zu motivieren, in ihre Immobilien zu investieren. Die jetzige steuerliche Förderung, die den Eigentümern etwas mehr als die Mehrwertsteuer bringt, reicht auf Dauer nicht aus für flächendeckend sanierte Gebäude. Hier bedarf es zusätzlicher Instrumente und Fördermaßnahmen.

Wenn die öffentliche Hand ihre notwendigen Investitionen in die Tat umsetzt wird die Bauwirtschaft Konjunkturlokomotive sein und bleiben.

Meine Damen und Herren,

wir werden alles dafür tun, damit die Bauwirtschaft weiterhin die Konjunkturlokomotive ist und so die Binnenkonjunktur in diesen Corona-Zeiten stützen kann. Dafür ist es aber notwendig, dass Aufträge unkompliziert und schnell fließen.

Wir Unternehmer sind grundsätzlich Optimisten. Daher blicken wir trotz widriger Umstände und einer schwer zu kalkulierenden Entwicklung halbwegs positiv gestimmt nach Vorne – gemäß dem alten Spruch: Gebaut wird immer.